

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Deutsch-Dändler)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4730.

Nr. 72.

Berlin, Sonnabend, 8. September 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Massenstreik und Waiseier. — Nationale Arbeits-
runden. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-
Leit. — Verbands-Zeitung. — Literatur. — Anzeigen.

Massenstreik und Waiseier.

Die Berliner Waiseier der sozialdemokratischen Partei beschäftigten sich in der vorigen Woche mit den Fragen, die auf dem Parteitag in Jena zur Besprechung kommen werden. In den Debatten traten der Massenstreik und die Waiseier stark hervor. Daneben kam der tieffliegende Zwiepsalt in der Partei über die Bewilligung der Deckung für die Kosten der neuen Militärvorlagen in scharfen Auseinandersetzungen zur Sprache. Nebenher wurde auch die Frage eines Gebärstreiks erörtert. In der einen wie in der anderen Frage kam es zu Auseinandersetzungen, die erkennen ließen, wie groß der Wirrwarr ist, in den man sich hineingeredet hat. Heute wollen wir uns im wesentlichen darauf beschränken, die Äußerungen zu den Fragen des Massenstreiks und der Waiseier zu zitieren.

Im ersten Wahlkreis wies der Referent Dittmer darauf hin, daß die Parteiführer z. B. die Waiseier in den Großstädten oft zum Variétéplunder herabfinke. Eine gewisse Diskussionsmüdigkeit machte sich in der Waiseierfrage bemerkbar, und da diese eine internationale Angelegenheit sei, werde es bei der gegenwärtigen zweckmäßigen Form bleiben müssen. Früher habe man Volksauffstände und Revolutionen gehabt, jetzt habe man Massenaktionen, wie Wahlen und Demonstrationsveranstaltungen. Während man früher an das Gefühl appellierte, so wolle man heute die Aktionsfähigkeit der Massen, denn Gefühle verpuffen schnell. Bei den Massenaktionen dürfe man aber nur auf die Organisierten rechnen. Gegenüber den Gefahren und Opfern, die eine Massenaktion erfordere, dürfe man sich nicht blind stellen. Vor allen Dingen müsse man das riesige Heer sämtlicher Staatsarbeiter in den Bann der sozialdemokratischen Ideen zwingen. Ein Massenstreik von 3 bis 6 Tagen könne ohne Unterstützung durchgeführt werden.

Ein Massenstreik, der von vornherein auf eine bestimmte Anzahl von Tagen in Aussicht genommen wird, wäre eine Lächerlichkeit. Das riesige Heer der Staatsarbeiter wird sich nicht einfinden lassen für den Massenstreik. „Genosse“ Schwabedahl meinte, daß die ganze Massenstreikdebatte nur von Literaten und Redaktoren in Fluch gebracht sei. Es sei genug über dieses Thema diskutiert worden. Nur wenn man bestehende Volksrechte schmälern wollte, dann würden der Parteivorstand und die Generalkommission den Massenstreik nicht verpassen. „Genosse“ Lucht beklagte, daß es heute in der Partei so an allen Idealen fehle. Es dürfe nicht so gedämpt und zurückgelehrt werden, wie das namentlich von Gewerkschaftsseite geschehe. Segevald flagte Rosa Luxemburg an, daß sie die unorganisierte Masse verberle. Ein Massenstreik würde Massenausparungen seitens der Unternehmer im Gefolge haben. Die Gewerkschaften wären sich ihrer Verantwortung zu sehr bewußt, um sich mit dem Massenstreik so ohne weiteres anzufreunden. Kreplin war der Meinung, daß mit dem Parlamentarismus der heutige kapitalistische Polizeistaat nicht bezwungen werden könne. Es müsse daher die Möglichkeit eines Massenstreiks und die Art seiner Anwendung diskutiert werden.

Im zweiten Wahlkreis setzte Reichstagsabg. Richard Fischer auseinander, ob denn überhaupt

ein Anlaß oder die Notwendigkeit vorliege, die Frage des Massenstreiks zu erörtern. Auch warf er die Frage auf, ob denn die Möglichkeit eines Massenstreiks überhaupt vorliege. Beide Fragen seien zu verneinen! In den Versammlungen sei für den Massenstreik keine Stimmung. Ihm diene es, als ob nur gewisse Personen „uns diese Auffassung einreden wollten“. In der Partei sei eine gewisse Mißstimmung vorhanden. Man könne die Begeisterung nicht aufhalten ziehen! „Mit einer unter Euch, der in der jetzigen Zeit, wo der Ausbruch einer Krise sich in Hundertausenden von Arbeitslosen dokumentiert, den geeigneten Zeitpunkt sieht, einen Massenstreik zu machen? Er verneine die Frage und habe daher auch nicht den Mut, den Gedanken zu propagieren. Rosa Luxemburg gehe von der zwar nicht ausgesprochenen aber tatsächlich vorhandenen Meinung aus, die ganze Taktik müsse geändert werden. Wirtschaftliche Kämpfe müßten auch propagiert werden, wenn sie verloren gehen, ja, vielleicht, weil man davon überzeugt sei, daß sie verloren gehen. Man müßte sie propagieren, daß es zu Zusammenstößen komme, damit die Empörung der Massen hell aufblühende, bis es zur sogenannten Katastrophe komme. Solche Taktik müsse, höflich ausgedrückt, als starke Blindheit gekennzeichnet werden, und wo sie die Folgen kennt, sei ihre Propagierung eine starke Gewissenlosigkeit. Nach Rosa Luxemburg habe sich der Parlamentarismus überlebt. Andererseits werfe sie die Frage auf, weshalb man nicht zur Niederrückung des Dreiklassenstaates den Massenstreik mache? „Ja, wie soll ich die Massen begeistern für einen Kampf zur Erringung des geheimen Wahlrechts in Preußen, wenn ich sage, dieses Mittel ist untauglich für die Arbeiterklasse.“ Den russischen Massenstreik wolle er nicht verkleinern, derselbe hätte aber nicht die Bedeutung erlangen können, wenn er nicht die Unterstützung der Liberalen gehabt hätte. Die liberalen Unternehmer hätten zum Teil während des Massenstreiks die Löhne weitergezahlt. Von dem Augenblick an aber, wo in Rußland der Massenstreik als revolutionäre Waffe für die Forderungen der Arbeiter gegen die Unternehmer gerichtet worden sei, von dem Augenblick an verlagte in Rußland der Massenstreik. Auch in Belgien lagen die Dinge so, daß der Massenstreik die Unterstützung des liberalen Bürgertums fand. Ganz anders würden die Dinge bei einem Massenstreik in Deutschland liegen. Der Massenstreik in Deutschland werde ein Krieg gegen die Regierung und gegen die Unternehmer sein. Es würde bedeuten, die ganze Existenz der Partei auf eine Karte zu setzen. Wir müßten dumm sein, wenn wir der Regierung die Waffe in die Hand gäben, die sie braucht, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Wir sind nicht stark genug, um der Mehrheit unsern Willen durchzusetzen zu können. Mit dem Gedanken des Massenstreiks dürfe man nicht spielen! Die ganze Diskussion in der Parteipresse, in Versammlungen, auf dem Parteitag müsse nur den Gegnern. Erst müssen die Massen organisiert, gebildet und diszipliniert werden. Sonst wird die Frage auf, ob man nicht mit Hilfe der Koniumvereine den Massenstreik durchführen könnte? Schluß greift Fischer an, dessen Rede ein Damfungs-vortrag gewesen sei, der den Mut erdrücken müsse. Soweit er die Sache verfolgt habe, wolle keiner in den Massenstreik eintreten. Propagieren müsse man ihn trotzdem. Von Aufklärung sei zu wenig die Rede. Man müsse die Erörterung des Zukunftsstaates mehr betonen. Da man die Mehrheit im Parlament doch nicht bekommen könne, so müßten die Massen draußen im

Feuer stehen. Darum müsse man die Proletarier in das Feuer des Massenstreiks hineinbringen, um eine frisch-fröhliche Bewegung wieder zu bekommen. Maroffe wendete sich auch gegen Fischer. Ein Massenstreik brauche doch nicht Blutvergießen zu kosten. Die Massen müßten erzogen werden, daß sie einen „würdigen Massenstreik“ durchführen könnten. Der Reichstagsabg. Wurm verteidigte Fischer. Der nichts gesagt habe, was den Massenstreik diskreditieren könnte. „Wenn wir nun nicht mal die meisten Klassengenossen bei den Reichstagsmahlen für uns haben, wo meist nichts zu riskieren ist, dann ist das ein Beweis, daß die große Mehrheit der Arbeiter nicht mit uns übereinstimmt und daß von einem Massenstreik nicht die Rede sein kann, selbst wenn die mehr als 4 Millionen Sozialdemokraten dafür eintreten. Es komme ihm vor, als ob eine Reihe von Genossen, namentlich die jüngeren, eine Art Größenwahn bekommen hätten. Als man ihm dazwischen rief: „Die Alten werden müde!“ replizierte Wurm mit scharfen Worten. Keiner sei müde, aber wir sind keine Kindschöpfe! Wir haben so oft das Lied vom Unverstand der Massen gesungen, der der größte Feind ist. Wie könne man denken, „daß eine Aktion, die alles stilllegen wolle, gemacht werden könne gegen den Willen so großer Massen von Arbeitern, wie sie uns noch fernstehen.“

Im dritten Wahlkreis hielt Reichstagsabg. Pfannkuch den einleitenden Vortrag. Es sei nicht nötig, die Frage des Massenstreiks auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, da die Behandlung dieses Themas auch im Rahmen der vorgeschlagenen Tagesordnung möglich sei. Der Massenstreik werde uns jetzt von einigen Seiten als eine ganz neue Entdeckung gepriesen, die geeignet sei, die Partei zu neuer Latkraft und Energieentfaltung zu bringen. Alle, die wir über den Massenstreik schrieben und redeten, gingen immer von abweichenden Voraussetzungen aus. Bestimmte Richtlinien gebe keiner. Er verstehe unter dem Massenstreik eine Situation, in der wirklich alle Räder stille stehen, und er wäre der erste, der bei einer solchen Situation seinen Kopf zu Markte trage. Die Beispiele von Rußland und Belgien träfen für unsere Verhältnisse nicht zu. Zum Massenstreik sind wir noch nicht stark genug. Die Gewerkschaftsführer verwalteten nicht ihr eigenes Geld, sondern das von Tausenden und aber Tausenden von Proletariern, und es sei selbstverständlich, daß Leute, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, vorsichtig zu Werke gehen müßten. In der Frage der Waiseier müßten alle Beamten und Arbeiter der Partei und Gewerkschaften den Tagesberdienst am 1. Mai abgeben. Das hätte schon vor Jahren der Nürnberger Parteitag beschlossen. Judith rät, anstelle des Massenstreiks die Frage des wissenschaftlichen Sozialismus zu erörtern und darüber auf dem Parteitag reden zu lassen. Wenn der Mann wüßte, was er damit angeregt hätte, so würde er sicherlich geschwiegen haben, denn dann wäre der Wirrwarr nur noch größer. Garndt wies darauf hin, daß die Aufregung über den Generalstreik künstlich gemacht worden sei. Solange es nicht einmal möglich sei, die Arbeitsruhe am 1. Mai einzuführen, sei an den Massenstreik nicht zu denken. Außerdem scheine ihm das Objekt, das Preußen wahlrecht, nicht geeignet. Bis vor wenigen Jahren habe es geheißen, der Landtag möge verfaulen, und jetzt solle wegen dieses Wahlrechts ein Massenstreik gemacht werden? Wöbus meint, die Waiseier dürfe keineswegs auf den Sonntag verlegt werden, dann möge man sie lieber ganz betreiben. Skibbe, der für den Massenstreik eintritt, hat, den Ge-

Bärstreif nicht zu bekämpfen. Die Milch- und Kleidergroßen, die jetzt für die Kinder ausgegeben werden, könnten dann zum Massenstreif gemischt werden!

Zu vierten Wahlkreis hatte Büchner das Referat übernommen. Der Redner wies auf den Stillstand in der Mitglieverbewegung hin und hofft, daß es gelinge, die Urtenden dieses Rückgangs festzustellen und zu beheben. Die Abführung des Tagesverdienstes am 1. Mai müsse durchgeführt werden. In Sachen des Massenstreifs warnte der Redner vor alzu großem Optimismus. Rußland und Belgien seien nicht das Barometer für uns. Bei uns in Deutschland lägen die Dinge anders. Hier haben wir alles gegen uns, dann geht es aufs Ganze, ist doch der Militärrat Deutschland und speziell Preußen ein einziges geartetes Gebilde, wie wir es in der ganzen Welt nicht wiederfinden, und deshalb müssen wir in dieser Frage mit aller Ruhe und Sachlichkeit zu Werke gehen. In der Diskussion wies Kluncker darauf hin, wie die Meinungen sich in den letzten Jahren geändert hätten. Vor zwei Jahren habe man Resolutionen über Resolutionen angenommen, weil die Süddeutschen für das Budget gestimmt hatten. Und jetzt bemittelt die eigene Fraktion mit 110 Mann für den schlimmsten Feind des Proletariats, den Militarismus, ungeheure Geldsummen. Ob es auf dieser schiefen Ebene noch einhalten gäbe? In der Waiseierfrage lägen die Dinge so, daß, wenn die Parteigenossen in bevorzugten Stellungen den Tagesverdienst am 1. Mai sich weigerten abzuführen, dieselben kurzerhand rauszumerren seien! In der Massenstreiffrage sei es Zeit, nun endlich Klarheit zu schaffen. Adamski will den Massenstreif recht bald herbeigeführt sehen, er hätte schon längst in Szene gesetzt werden sollen. Anlaß dazu hätte oft genug vorgelegen. Die Dvier dürften niemand zurückschrecken. Adolf Hoffmann hält es für praktischer, die Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften sowie die Parteigeheäfte zahlen den Lohn für den 1. Mai direkt an den Massonds und nicht erst an die Angestellten. Der Massenstreif müsse kommen. Lehner meint, daß die Waiseier durch die Geldfrage geradezu verdorben sei. Die Angestellten seien eben nur Geschäftsmenschen, die keinen Idealismus mehr beäßen.

Zu fünften Wahlkreis referierte Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt. Wir haben gesehen, daß in der Entwicklung der Partei ein Stillstand eingetreten ist, der uns umso überraschender kommt, als wir an eine stetige Zunahme gewöhnt sind. Bei den letzten Wahlen seien vier Fünftel der Wähler nicht organisiert, d. h. nur Mitläufer gewesen. Diese Masse habe man einzuschäben bei allen Aktionen, die unternommen würden. In Sachen der Waiseier war Schmidt der Ansicht, daß jeder Angestellte mit Leidenschaft das kleine Geldopfer bringen könne. Diese Vertrauenslosigkeit wundert uns an Schmidt. Der Massenstreif sei eine Sache, die die Arbeiter zunächst angehe, nicht Sache der künstlichen Agitation. Er wünnche, daß uns eine derartige Aktion recht lange erpart bleibe, denn sie werde eine fürchtbare Enttäuschung bringen. In der Diskussion begründete Planckenstein eine Resolution gegen die Fraktion. Schmidt habe es so dargestellt, als ob der Mitglieverbund ausschließlich durch die Krise bedingt sei. Seiner Meinung nach habe den Haupteinfluß auf den Stillstand der Partei die Haltung der Fraktion ausgeübt. Lehner bezog sich auf das Programm, wonach direkte Steuern nur dann zu bewilligen seien, wenn der Staat alle übrigen Forderungen erfüllt habe. Da rief man ihm lustig zu: Da kannst Du lange warten! Dr. Wehl setzte auseinander, daß die große Masse der Genossen nur das Recht habe, über Parteianglegenheiten zu sprechen und Kleinarbeit zu leisten. Die Krise spiele bei dem Stillstande der Partei nicht die ausschlaggebende Rolle, vielmehr: „unserer Vogel-Strauß-Politik“ in der letzten Zeit. Es bestehe eine allgemeine Unzufriedenheit unter den Genossen, weshalb auch in der Agitation und der Werbung nicht mit dem nötigen Eifer vorgegangen werde, was ja allerdings nicht zu billigen sei. Das Verhalten der Fraktion habe große Mißstimmung erregt. Es sei nicht richtig, wenn von Partei- und Gewerkschaftsangeestellten und von maßgebenden Stellen aus gelangt werde, ihr könnt mit dem Massenstreif eine Enttäuschung erleben. Wehl wies darauf hin, daß über den Massenstreif vielerlei Meinungen beständen. Die einen wollten ihn debattieren, die andern vorbereiten, und die dritten wollten ihn machen! Ob die Vorbedingungen dazu gegeben seien, darum bekümmerten sich die Befürworter nicht. Im sechsten Wahlkreis führte Staffler aus, daß der Massenstreif

einmal kommen werde und eine notwendige Waiseier sei. Form und Technik würden sich von selbst aus seiner Anwendung ergeben. Kurt Koienfeld bedauerte, daß gerade die Gewerkschaften dem Gedanken des Massenstreifs fremd gegenüberständen, und doch sollten gerade sie erkennen, wie notwendig die Anwendung dieser Waiseier ist, um ihre Forderungen durchzusetzen und drohende Streikbelangen abzuwehren. Man kann die Vororgnis vereinigen, mit der verantwortliche Gewerkschaftsführer einem so gewaltigen Mangel entgegenzutreten, aber Aeußerungen, wie sie die „Metallarbeiter-Zeitung“ leghin gebracht habe, seien ein bedauerliches Zeichen für den Tiefstand nicht der Gewerkschaft, sondern des Redakteurs, der solches schreiben könne. Die Waiseier, wie es ein Genosse in Teltow-Beesow wollte, an ihrer 25. Wiederkehr für immer abzuschaffen, könne und dürfe die Partei nicht.

Wir sind grundsätzliche Gegner des Massenstreifs, weil die Arbeiter dabei den kürzeren ziehen würden und freuen uns, daß unsere Auffassung auch in weiten Kreisen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften geteilt wird. In der Waiseierfrage haben wir grundsätzlich recht bekommen, denn wir haben schon vor der ersten Waiseier das Verbot derlei in einer vom Zentralrat berufenen Berliner Versammlung klar zum Ausdruck gebracht. Jetzt will man sie bearaben, andere wieder möchten diesen Leichnam immer noch weiter konjervieren. Karl Goldschmidt.

Nationale Arbeitsstunden.

Der englische Großindustrielle A. S. Crosfield veröffentlichte in dem „Wandarbeiter Guardian“ vom 27. und 30. Juni zwei Artikel, die er als ein „Wandarbeiter für die Herabsetzung der Arbeitsstunden“ bezeichnete, um den Beweis zu führen, daß kürzere Arbeitsstunden eine größere Wirtschaftlichkeit der Arbeiter herbeiführten. Die Artikel haben unter den englischen Industriellen mit Recht Aufsehen erregt, weshalb es uns zweckmäßig erscheint, den deutschen Lesern auszuszuweise Kenntnis davon zu geben. Insbesondere dürfte es winnidenswert erscheinen, wenn auch die deutsche Arbeiterpresse sich für diese Aufsätze interessieren wollte.

Die Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts mit gleichzeitiger Steigerung der Löhne habe sich für die Industrie zu einer brennenden Frage gestaltet. In vielen Industrien ist aber die eben so dringliche Frage der Arbeitsstunden noch wenig gewürdigt worden. Es treten noch sehr irriige Ansichten über die vermeintliche Verwandtschaft zwischen langen Arbeitsstunden und betimnidlicher Verzinsung des investierten Kapitals häufig zutage, obwohl schon oft zweifelsfrei erwiesen worden ist, daß es töricht ist, Männer und Frauen zu übermäßigen Arbeitsstunden zu zwingen. Um nur ein oder zwei wohlbekannte Beispiele anzuführen, will Verfasser an das jetzt historische Experiment von Sir William Mather vom Jahre 1892 erinnern. Der sage in seinem Bericht über einen einjährigen Versuch mit der 48 Stunden-Woche: „Das wahre Mittel, die Produktion zu erhöhen, ist die Produktionskraft von Menschen und Maschinen zu steigern. Die wirtschaftlich beste Produktion erhält man, wenn man Menschen nur so lange an der Arbeit hält, wie sie frisch sind.“ Wenn nun dieses Stadium überschritten sei, sei die Fortsetzung ihrer Arbeit nicht mehr wahre Oekonomie. Die Herabsetzung der Arbeitsstunden bedeute auch eine gleiche Herabsetzung in den Gebrauchsständen der Betriebsanlagen. Der in diesem Falle erzielte kommerzielle Erfolg des Experimentes sei daher ein Zeugnis von höchstem Werte.

Herr Crosfield erinnert auch an die Erfahrungen von Ernst Abbe in den Carl Zeiss-Werken in Jena. Abbe habe die täglichen Arbeitsstunden im Laufe von 20 Jahren von 12 auf 9 herabgesetzt. 1899 habe er den Achtstundentag eingeführt und genaue Rechnung über die Arbeitsleistungen aufgestellt. Das Resultat sei frappant gewesen. In dem Jahre, wo die Leute den Achtstundentag hatten, verdienten sie im Afford mehr, als sie zu denselben Affordlöhnen bei neunstündiger Arbeitszeit verdienten. Abbe habe ihm gesagt, daß die Leute sich meistens selbst nicht bewußt waren, daß sie sich extra angestrengt hätten und sich selbst wundern, daß ihre Einkünfte größer waren. Deutlich, wo das Antreiben der Leute zur Ueberanstrengung, wenn sie zu weit geht, zur Ueberanstrengung führt, sei die Tatsache, daß die Leute selbst sich ihres gesteigerten Energieverbrauchs nicht bewußt waren, sehr bezeichnend, und zeige, daß nichts zu befürchten ist von flatter, intelligenter Arbeit bei vernünftiger Stundenzahl. Die Vorteile eines solchen Systems, sowohl vom Gesichtspunkt der Arbeitnehmer, als auch von dem des Kapitalisten, sind ebenfalls nachdrücklich erwiesen worden durch die bekannte

Firma Brunner, Mond u. Cie., die Pioniere in der Achtstundentagbewegung waren.

Nachtrapper sei der glänzende Fortschritt, welche der Achtstundentag durchweg in der Stahlindustrie gemacht habe, besonders in der Stahl- und Wlechplatten-Industrie von Süd-Wales. Mr. John Sodge, Parlamentsmitglied, Generalsekretär des Verbandes der britischen Stahlhüttenbesitzer, habe kürzlich in der internationalen Vereinigung für Arbeiteridung einen interessanten Bericht über die Einführung der Achtstundentag durch Mr. Herbert Eccles für seine Oren- und Herd- fabrik in Briton Ferry gegeben. Der Achtstundentag wurde dort eingeführt für Männer, die mit den verschiedensten Arbeiten beschäftigt waren. Für die niedriger entlohnnten Leute machte Herr Eccles noch die Konzeffion eines Oertralohnes, der nach der Schätzung eine Mehrausgabe von 586 Pfund Sterling pro Jahr bedeutete (1 Pfund Sterling gilt 20 Mark). Weniger als zwei Jahre nach der Einführung des Systems ist Herr Eccles so überzeugt gewesen von den Vorteilen desselben, daß es für jeden einzelnen Arbeiter in seinem ganzen Werke eingeführt wurde.

Es folgten Konzeffionen mit den übrigen Arbeitgebern der Stahlindustrie von Süd-Wales, und der Achtstundentag wurde allgemeine Regel in der Industrie und ein sehr weichtlicher Vorteil, sowohl für die Arbeiter als auch für die Arbeitgeber. Mr. Sodge habe erklärt, daß die Direktoren in Süd-Wales sich einig sind, daß allgemein gesagt, eine Steigerung der Produktion der Walzwerke von wenigstens 20 Prozent zu verzeichnen sei, und io- weil es die Oren- und Herdfabrik betreffe, die Steigerung der Produktion auf 12½ Prozent be- ziffert werden könne. Selbst wenn kein höherer Gewinn erzielt worden wäre, als die Reform der Lebensgewohnheiten einer Anzahl Leute, so hätte sich die Aenderung auch schon damit bezahlt gemacht. Diese Aenderung habe schlechte Menschen gut und gute Menschen besser gemacht.

Hier haben wir also großzügige industrielle Unternehmen, die uns einen praktischen Beweis von dem enormen Werte der Vorteile rationaler Arbeitsstunden gaben, und zwar von jedem Gesichtspunkte aus, sowohl vom physischen, wie vom ethischen oder kommerziellen Standpunkt. Experimente hätten bewiesen, daß ein Muskel, der überarbeitet ist, zweimal soviel Ruhe bedarf, um ihn in den Zustand der Wirkungsfähigkeit zurückzuerleben, als ein Muskel, dem man die geeignete Ruhe gewährte, ehe die Erschlaffung einsetzte. Auch ein größeres Gefährisiko sei vorhanden bei denjenigen, die eine längere Arbeitszeit beibehalten hätten. Die praktischen Erfahrungen hätten ergeben, daß Ueberanstrengung oder Erschlaffung die Schkraft schwäche und dadurch zur direkten weiteren Gefährquelle werde. Ohne die wissenschaftliche Beweisführung über diese Frage hier weiter zu verfolgen, wollen wir den, der sie im Detail zu studieren wünscht, auf das sehr umfangreiche Werk von Dr. Josephine Goldmark hinweisen, betitelt: „Fatigue and Efficiency“ (Ermüdung und Wirkungsfähigkeit) herausgegeben von dem Charities Publication Committee 105, East 22nd Street, New York U. S. A.)

Herr Crosfield setzt sodann noch auseinander die unheilvolle physische, geistige und moralische Wirkung einer übermäßig langen Arbeitszeit auf Männer und Frauen in ihrem Familien- und bürgerlichen Leben. Das Beweismaterial gegen übermäßige Arbeitsstunden, die tatsächlich nicht selten geradezu unmenidlich sind, sei nahezu erdrückend. Dafür gibt der Verfasser ein Beispiel. Aldermann Patrick Walls, Generalsekretär der nationalen Union der Hodofoenarbeiter, habe ihm die Erfahrungen einer 16jährigen Arbeitszeit in Zwölfstundentagstunden geschildert. 72 Stunden in einer, und 96 Stunden in der anderen Woche, also mit einem Durchschnit von 84 Stunden pro Woche einschließlich der Oepausen. Wenn zwei Trupp Leute bei einem solchen ununterbrochenen Arbeitsprozeß, wie dem der Hodofoenarbeit, so müße einmal 24 Stunden hintereinander von dem einen Trupp gearbeitet werden, damit die Leute von der Tag- und Nachtidicht wechseln können und umgekehrt. Mr. Walls als junger Mann in seinen besten Jahren, habe das Bild eines feinen kräftigen athletischen Briten dargestellt. Trotzdem habe er ihm gesagt, wenn er von einer 24 Stundenidicht nach Hause gekommen sei, habe er das Gefühl gehabt, daß ein Strohhalm auf seinem Wege ihn zu Boden werfen könne. Kein Mensch würde daran denken, seinen Pferde eine solche Anstrengung zuzumuten. Vom geistigen Standpunkte aus betrachtet, müße man fragen, welches Interesse könne ein Mann, der durch diese langen Stunden und diese übermäßige Anstrengung erschöpft sei, noch haben an Studium, Kultur und dem öffentlichen Leben

u. u. Die Unterhaltung dieser Leute sei geistlos und monoton. Nicht alle hätten die Kraft, den demoralisierenden Einflüssen zu widerstehen; sie sünden in Sündigkeit und Trunksucht als die einzige Art Abwechslung von einem Arbeitsleben, der sie sich noch erfreuen können. Es sei sicher, daß Zustände dieser Art, wo sie existieren, und auch diejenigen, die dafür verantwortlich sind, die schroffe und unmaßstäbliche Verteilung durch die öffentliche Meinung verdienen. So sei es noch der Fall bei den Hofsoldaten in den vereinigten Königreichen (Großbritannien und Irland), wo aus etwa 15 000 Soldatensoldaten 7000, die in gewissen Landesteilen: Schottland, Süd-Wales, Süd-Devonshire und Northamptonshire beschäftigt sind, noch in Zwölfstundentagen arbeiten. Wie wenig notwendig das ist, wird durch die Tatsache bewiesen, daß die andern 8000, die im Norden Englands arbeiten, die Vorteile der Achtstundentage genießen. Man habe ihn getragt, ob er behauptet, daß kürzere Arbeitszeiten überall eingeführt werden könnten, und daß z. B. ein Zwölfstundentag die Stelle des Achtstundentages einnehmen könne, ohne daß sich dadurch die Produktionskosten erhöhen. Das wolle er nicht behaupten. Es könne eine allgemeine Regel dafür festgesetzt werden, wie weit Qualitätsverbesserung oder Quantitätssteigerung oder die Regelmäßigkeit der Arbeit oder eine Verminderung der Unglücksfälle und der Materialverschwendung oder alle diese Faktoren zusammen zum Teil oder ganz die erhöhten Produktionskosten auswiegen würden, oder wie es auch häufig genug vorkommt, diese sogar übersteigen würden. Im Gegenteil, diese Resultate würden offensichtlich unendlich verschieden sein, und man müsse diejenigen Fälle in Betracht ziehen, wo die kürzere Arbeitszeit eine merkbare Steigerung in den gesamten Produktionskosten herbeiführen könne, und wo die ausländische Konkurrenz ebenfalls in Rechnung zu stellen sei. Von diesem Gesichtspunkte aus soll das Problem in einem weiteren Artikel betrachtet werden.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 5. September 1913.

Die **Werftarbeiterbewegung** hat ihren vorläufigen Abschluß immer noch nicht finden können, weil infolge des ablehnenden Verhaltens der Bremer Holzarbeiter, den Arbeitsnachweis zu benutzen, der Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen noch geschlossen gehalten wird. Durch die Schuld der Holzarbeiter können daher 20 000 Arbeiter in Hamburg und an der Weiser nicht zur Arbeit zurückkehren. Der Holzarbeiterverband hatte gehofft, daß in der Versammlung am Sonnabend die Bremer Holzarbeiter die Aufhebung des wilden Streiks beschließen würden. Bei geheimer Abstimmung aber wurde mit 370 gegen 110 Stimmen beschlossen, den Streik fortzusetzen. Zur Aufhebung des Streiks ist eine drei Viertel-Majorität erforderlich. Es hätten also wenige Stimmen genügt, um den Zustand zu beenden. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß weder der Holzarbeiterverband noch die Generalcommission der Gewerkschaften (sowie Autorität) von Bremen nicht dahin bringen könne, Vernunft anzunehmen. Die Arbeiterschaft von Hamburg und Bremen, die behindert ist, den wertlosen Wetterskampf anzugehen, ist wie man sich denken kann, auf die Bremer Holzarbeiter nicht gerade gut zu sprechen. In Stettin haben die Werften die Arbeit wieder in vollem Umfange aufgenommen.

Unter der Ueberschrift **Formales und soziales Recht** veröffentlichte die Berliner Abendpost eine Anklage gegen den **Steuerfiskus**, die allgemeine Beachtung verdient.

Eine Firma hatte im Jahre 1890 für die Witwen und Waisen derjenigen Angestellten, die ein Gehalt von mehr als 2000 Mark im Jahre bezogen, eine Kasse gegründet; die Kasse sollte zugleich Pensionskasse für die Angestellten selbst sein. Der Beitrag zur Kasse wurde für alle Angestellte obligatorisch gemacht, d. h. daß die Angestellten und die Firma je die Hälfte des Jahresbeitrages zahlten. Als Grundfonds schenkte die Firma der Kasse 500 000 Mark. — Im Jahre 1908, als die Firma in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, wurde von der Generalversammlung der Beschluß gefaßt, der Kasse wiederum 500 000 Mark zu überweisen. Das war angesichts eines Reingewinnes von nahezu 20 Millionen Mark kein Selbstdenken, aber immerhin eine Anstandsfrage, die Nachabmung verdient.

Die Lust, diesem Beispiele zu folgen, dürfte infolge durch die weiteren Beschlüsse ein Gemütsersparen. Eines Tages meldete sich der Steuerfiskus

und erklärte, daß hier eine Schenkung vorliege, und daß ihm daher gleichmäßig 5 Prozent von den letzten 500 000 Mark zuzurechnen, also 25 000 Mk. — Es kam zum Prozeß, der in erster Instanz von dem Landgericht gegen den Steuerfiskus entschieden wurde, in den beiden Oberinstanzen aber zu ungunsten der Firma endete. Demnach bekommt der Fiskus die 25 000 Mk., die von der Firma den Witwen, Waisen und Arbeiterinvaliden zugedacht waren.

Eine Schenkung ist steuerfrei, wenn sie im Verlehen einer sittlichen Pflicht oder einer Anstandsfrage gemacht wird. Offenbar hat das Landgericht in diesem Falle gemeint, die Firma habe, als sie die zweiten 500 000 Mark schenkte, eine sittliche Pflicht ausgeübt. Das Oberlandesgericht und das Reichsgericht dagegen haben wieder eine sittliche Pflicht nach einer Anstandsfrage anerkannt. In diesem Urteil befanden sich Anstandsmänner, die uns einerseits nicht dem Sinne des Geistes zu entsprechen scheinen, und die andererseits mit dem Geiste unserer Zeit nicht in Einklang stehen. Man sage, daß das Gesetz sich hier hätte deutlicher ausdrücken sollen, aber keineswegs ist im Geiste nicht gemeint, daß eine sittliche Pflicht nur eine solche sei, die jedermann als sittliche Pflicht empfindet. Es genügt vollkommen, wenn angenommen werden darf, daß die Schenkenden diese Pflicht empfunden haben. Es waren die Aktionäre einer Generalversammlung, denen bei der Entgegennahme eines Reingewinnes von nahezu 20 Millionen es als eine sittliche Pflicht oder als eine Anstandsfrage erschien, nun auch zum Besten derjenigen, die den Reingewinn verdienen geholfen haben, ein Stück Geld anzuwenden. Vielleicht war es ihre ungewöhnliche Treue bei der Arbeit oder ihre starke Ueberleistung während des Geschäftsjahres, was den guten Geschäftsertrag geschaffen hatte. Ein Unbeteiligter braucht dafür kein Verständnis zu haben, aber die Interessierten fühlten nun wirklich das Bedürfnis, sich erkenntlich zu zeigen, und in dem Augenblick, wo sie das Bedürfnis fühlten, wird es zu einer sittlichen Pflicht, denn Unbankbarkeit ist unmöglich.

Das Urteil ist aber auch unsozial. Die Klust zwischen Arbeitgeberern und Arbeitnehmern besteht nun einmal. Niemand hat sie gemacht, und niemand will sie zuhause. Um so nötiger ist es, recht viele Brücken zu bauen, die von hüben nach drüben führen. Darin besteht die Klust nicht, daß der Aktionär etwa im vornehmen Automobil fahren kann, während der Angestellte zu Fuß geht. Man kann auch als Fußgänger der Welt Freuden genießen. Aber die Lebensunsicherheit und die daraus entspringende Lebensangst um die alten Tage, um Weib und Kind können dem Vorortglücken die Freude vergällen. Wo auch immer etwas geschieht, um diese Bitternis zu beheben oder zu mildern, bedarf das der Aufmerksamkeit und soll nicht durch den Steuerfiskus gebremst werden.

Wir brauchen ein soziales Recht, aber wir brauchen auch eine soziale Sanction des geltenden Rechts. Anfang September tritt in Berlin der deutsche Richtertag zusammen. Es wird da wieder viel geklagt werden über die Klust zwischen Volksbewußtsein und Rechtspredigt. Dem Richtertag sei dieser Fall als Material für die Klagen überwiehen.

Der **Fiskaltemus** hat einen neuen Triumph erlebt. Ein Berliner höchstgerichtliches Urteil hat festgestellt, daß die Streikunterstützungen, die der ausständige Arbeiter von seiner Organisation bezieht, ebenso steuerpflichtig sind, wie die Löhne. Die Organisationen zahlten die Streikunterstützungen sicher und pünktlich. Lasse man die Einkommen aus Streikunterstützung unbesteuert, so benachteiligt man den Arbeitswilligen, der seiner Arbeit nachgeht.

Der **Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften** hielt in der Zeit vom 20. bis 23. August in Boien seinen 54. allgemeinen Genossenschaftstag ab. Den Geschäftsbericht erstattete der Verbandsanwalt Prof. Dr. Crüger. Aus dem Bericht ging hervor, daß am 1. Januar 1913 33 657 Genossenschaften bestanden.

25 023 Genossenschaften, die zur Statistik berichtigt waren, hatten 5 162 450 Mitglieder und ein eigenes Vermögen von 720,2 Mill. Mark; ihre fremden Gelder beliefen sich auf 5066 Mill. Mark, während der Umsatz in der Gewährung von Kredit, Lebensmitteln, Wohnungen, Rohmaterialien 28 402,8 Mill. Mark betrug. Der Allgemeine Verband ist hiermit mit 1471 Genossenschaften und 1 007 736 Mitgliedern beteiligt, die über 367,4 Mill. Mark eigenes Vermögen und 1369 Mill. Mark fremdes Kapital besitzen. Die wirtschaftlichen Leistungen in Bezug auf Kredit, Lebensmittel, Wohnungen usw. beliefen sich auf rund 17 030

Millionen Mark. In dem Bericht wurde über das Verhalten der Regierungen und Handwerker gegen das von Schulze-Delitzsch begründete Genossenschaftswesen geklagt. Auch fehlten für die Beteiligung der Handwerker an den großen Decretlieferungen noch Submissions- und Magazin-genossenschaften.

In den gleichzeitig stattfindenden Sonder-tagungen (Handwerker-genossenschaften, Kredit-genossenschaften, Baugenossenschaften u. a.) wurden meist Organisations- und Verbesserungsvorschläge der verschiedenen Formen des Genossenschaftswesens beiproden.

Arbeiterbewegung. Die Arbeiter der Muegelagerfabrik „Amenland“ in Düsseldorf haben bereits 16 Wochen im Stampe, ohne daß sich eine Einigung herbeiführen ließ. Ursache des Stampfes ist die Anerkennung der Organisation. Die Firma hat einen gelben Werkverein gegründet und will nur solche Arbeiter beschäftigen, die aus ihrer Organisation austreten und Mitglied bei dem Gelben werden. — Die Bewegung auf dem Emallierwerk „Amenania“ in Düsseldorf, welche schon über 20 Wochen dauert, hat ihre Ursache ebenfalls in der Verteidigung der eigenen Organisation. Weil sich die Arbeiter weigerten, dem gelben Werkverein beizutreten, wurden sie entlassen. — Die auf dem Emallierwerk „Amenania“ in Schwelm wegen Verweigerung von Streikarbeit für das Düffelordner Werk ausgebrochenen Differenzen dauern ebenfalls noch fort. — Die Ausbesserung auf den Brennaborwerken Gebr. Reichstein in Brandenburg (Havel) wird weiter aufrecht erhalten, weil die Arbeiter dem Verlangen der Firma, erst die Arbeit aufzunehmen und dann verhandeln, nicht entsprochen haben. — Für das Schneidergewerbe ist der Abschluß eines Reichsttarifvertrages geplant. Die erste Verhandlung der Kommission zur Vorbereitung eines Reichsttarifvertrages findet am 8. und 9. September in Frankfurt a. Main statt.

Im Naphthagebiet Grosny in Rußland sind gegen 7500 Arbeiter der dortigen Naphthawerke in den Ausstand getreten. — Anlässlich des Streiks der Straßenbahner in Dublin kommt es täglich zu Ausschreitungen. Die Zahl der Verwundeten betrug am 1. und 2. d. M. zusammen 750, darunter 45 Polizeibeamte. — Die Arbeiter der Baumvollspinnerei von Krutche-Gender M. G. in Lodz haben die Arbeit wieder aufgenommen.

In Zürich hat bekanntlich am 12. 7. 12 ein **eintägiger Generalstreik** stattgefunden, der so heftig einsetzte, daß die Staatsanwaltschaft sich genötigt sah, die Vorgänge bei demselben einer gründlichen Untersuchung angebeihen zu lassen. Die Prüfung lief darauf hinaus, eine Anklage wegen Aufruhrs zu erheben. Verlangt wurde der Generalstreik von den Gewerkschaften, die sozialdemokratische Partei von Zürich gab ihre Genehmigung dazu. Jetzt liegt der Bericht der Staatsanwaltschaft vor. Von der Erhebung der Anklage auf Aufruhr wird Abstand genommen. Das geschieht, weil die Staatsanwaltschaft den Generalstreik vom 12. Juli 1912 als eine Protestkundgebung ohne die Absicht, sich den verfassungsmäßig bestellten Behörden im Sinne der Aufruhr-Bestimmungen zu widersetzen, aufsaß, und daß damit keineswegs festgelegt werden soll, daß ein Generalstreik oder Massenstreik von längerer Dauer, zu anderem Zwecke und mit anderen Begleiterscheinungen, nicht unter dem Aufruhrbegriff verfolgbar wäre.

Der Bericht macht darauf aufmerksam, daß anarcho-sozialistische Strömungen unter der zürcherischen Arbeiterleitung in verhängnisvoller Weise mitwirkten. Sozialrevolutionäre, Anarcho-Sozialisten, Syndikalisten, Freie Sozialisten usw., die im Massenstreik das einzige Mittel sehen, die Gesellschaftsordnung sozialgen, „plötzlich umzugestalten“, rissen die Führung des Generalstreiks an sich, den eigentlichen Führern der Arbeiter, so berichtete der Staatsanwalt, blieben nur polizeiliche Funktionen, um Ausdehnungen zu vermeiden. Der Bericht beklagt, daß die Haupttrüger im Streik A u s l a n d e r waren, insbesondere Deutsche. Sämtliche Gewerkschaftssekretäre in der Züricher Arbeiterleitung sind Deutsche. Der Staatsanwalt schließt:

„In jedem Falle der Wiederholung des Experimentes vom 12. Juli wird daher eine neue Prüfung nötig sein, Hand in Hand mit energischer Handhabung des Rechtes der Behörden, friedensstörenden ausländischen Elementen die Niederlassung im Kanton Zürich zu entziehen.“

